

Rheingauer Bote.



Rüdesheimer Zeitung.

Organ für Rüdesheim u. Umgegend.

Gegründet 1877.

42. Jahrgang.

№ 146

Erscheint wöchentlich dreimal (Montag, Mittwoch, Freitag). Bezugspreis vierteljährlich M. 1.70 ohne und M. 2.00 mit illustr. Sonntagsblatt. Auswärts mit betr. Postaufschlag. Telefon Nr. 295.

Rüdesheim a. Rh.
Freitag, den 13. Dezember

Anzeigenpreis: die einspaltige Zeile 12 Pfg., für auswärts 20 Pfg., Reklamenzeile 50 Pfg.; bei mehrmaliger Aufnahme entsprechender Rabatt. Druck und Verlag von A. Reier in Rüdesheim.

1918.

Hierzu Sonntagsbeilage Nr. 49.

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachungen.

Am Samstag, den 14. Dezember, wird in allen Verkaufsgeschäften **Weizenmehl** ausgegeben und zwar:

Bezirk 1	bei Adam Damm, Oberstraße.
" 2 und 3	bei Franz Lauter, Rheinstraße.
" 4	bei Fr. Anna Barth, Markt.
" 5 und 6	bei Frau Helene Trapp, Oberstr.
" 7, 8 " 9	bei Aug. Laut, Drogerie, Markt.
" 10 " 11	bei H. Brög, Oberstraße.
" 12 " 26	bei Chr. Hermant, Schmidtstraße.
" 13 " 14	bei Friedr. Büttel, Schmidtstr.
" 15 " 16	bei Job. Mayer, Hahnenstraße.
" 16 " 17	bei Wilh. Heymach, Grabenstr.
" 18 " 19	bei Frau Kaspar Betty, Neustr.
" 19 " 20	bei Frau Elise Becker, Oberstr.
" 20 " 21	bei Frau Karl Heymann, Kirchr.
" 22 " 25	bei Frau Wilh. Barth, Weberstr.
" 23 " 24	im Konsumverein, Feldstraße.
" 24	bei Heinr. Kaiser, Wilhelmstraße.

Die Kopfmenge beträgt 375 Gramm zum Preise von 26 Pfg.

Lebensmittelkarten sind vorzulegen, entwertet wird die Quittung über den Bezugsabschnitt 11.

Abgezähltes Geld und Düten bezw. Säcke mitbringen.

Rüdesheim, den 13. Dezember 1918.

Der Arbeiter- und Bauernrat.

Der Magistrat.

Das **Fleisch** wird morgen **Samstag**, den 14. Dezember wie folgt verkauft:

1. bei R. Flach:

Bezirk 10 u. 11	von 8—9 Uhr vormittags
" 12 u. 13	" 9—10 " "
" 1	" 10—11 " "
" 2 u. 3	" 11—12 " "
" 4	" 1—2 " nachmittags
" 5 u. 6	" 2—3 " "
" 7 u. 8	" 3—4 " "
" 9	" 4 1/2—5 " "

2. bei Chr. Keller:

Bezirk 22 u. 25	von 8—9 Uhr vormittags
" 23	" 9—10 " "
" 24 u. 14	" 10—11 " "
" 15	" 11—12 " "
" 16 u. 17	" 1—2 " nachmittags
" 18 u. 26	" 2—3 " "
" 19	" 3—4 " "
" 20 u. 21	" 4 1/2—5 " "

Es entfallen 150 Gramm auf den Kopf Erwachsener, Kinder die Hälfte, von der Karte werden 10 Abschnitte abgetrennt.

Am **Samstag**, den 14. d. Mts. erhalten frische **Wurst**:

1. bei R. Flach:

Bezirk 14 u. 18	von 6—7 Uhr abends
" 19	von 7—8 Uhr abends

2. bei Chr. Keller:

Bezirk 15 u. 16	von 6—7 Uhr abends
" 17	von 7—8 Uhr abends

Es entfällt ein Anteil von 125 Gramm auf den Kopf der Erwachsenen, Kinder die Hälfte.

Die Fleischkarte ist vorzulegen und muß auf der Rückseite abgestempelt werden.

Rüdesheim, den 13. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Am **Montag**, den 16. Dezember, vormittags 8 1/2 Uhr wird der Unterricht in der Volksschule wieder aufgenommen.

Rüdesheim, den 13. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Die Einberufung des Reichstages.

Berlin, 12. Dez. (B. V.) Der Präsident des Reichstages hat am 12. Dezember an die Reichstagsabgeordneten folgendes Schreiben gerichtet:

An die Herren Reichstagsabgeordneten!

Die Frist des Waffenstillstandes läuft in den nächsten Tagen ab. Auch wenn sie verlängert werden sollte, muß der Abschluß eines Vorfriedens sofort angestrebt werden, wenn das Vaterland vor weiteren ungeheueren Schäden bewahrt werden soll. Die Nachrichten aus den Lagern unserer Feinde lauten nun aber mit immer größerer Bestimmtheit dahin, daß diese der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit absprechen, daß sie jedoch die gesetzgebenden Organe des alten Reiches, Bundesrat und Reichstag, als berechtigt anerkennen zur Schaffung einer legitimen Reichsregierung sowohl, wie auch zur Beschlußfassung über das Wahlgesetz für die Nationalversammlung. Meine fortgesetzten Bemühungen, Herrn Ebert im Interesse der Reichsleitung von der Notwendigkeit der Berufung des Reichstages zu überzeugen, sind erfolglos geblieben. Die Not der Zeit verbietet weiter zu warten und verpflichtet mich, auch ohne die Zustimmung der Regierung von der in der Sitzung vom 26. Oktober ds. Js. erhaltenen Ermächtigung zur Berufung des Reichstages Gebrauch zu machen.

Ich berufe deshalb hiermit den Reichstag, behalte mir aber Bestimmung von Zeit und Ort der Tagung noch vor. Die Herren Kollegen bitte ich, sich zur Abreise bereit zu halten und zu der demnächst einuberufenden Sitzung vollzählig zu erscheinen.

gez. Fehrenbach, Präsident d. Reichstags.

Dieses Schreiben ist auch dem Rat der Volksbeauftragten zugegangen, der Herrn Reichsanwalt Fehrenbach folgendes geantwortet hat:

Auf Ihr gefälliges Schreiben vom heutigen Tage erlauben wir uns folgendes zu antworten:

Die Behauptung, daß die Entente der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit abspricht, daß sie jedoch den Bundesrat und Reichstag als berechtigt anerkennen, zur Schaffung einer legitimen Reichsregierung sowie zur Beschlußfassung über das Wahlgesetz für die Nationalversammlung, entbehrt der Begründung. Sie ist nur geeignet, die Entente im Widerspruch zu der tatsächlichen Macht der gegenwärtigen Regierung in den irrigen Glauben zu verfehlen, als ob eine verhandlungsfähige Regierung nicht vorhanden wäre.

Der Rat der Volksbeauftragten legt wiederholt dar, daß durch die politische Umwälzung der Bundesrat und der Reichstag als gesetzgebende Organe zu existieren aufgehört haben.

Sollten Sie trotzdem den nicht mehr bestehenden Reichstag einberufen, so werden Sie die Verantwortung für alle Folgen zu tragen haben.

Der Rat der Volksbeauftragten.

Die deutschen Rheinlande

Paris, 11. Dez. Der französische Wille, das ganze linke Rheinufer Frankreich anzugliedern, findet die Unterstützung des größten Teiles der Bundesgenossen. Der einzige Widerstand gegen diese annexionspolitischen Pläne

scheint nur noch von Amerika auszugehen. Im ganzen Rheinland wird in den nächsten Tagen eine gewaltige Bewegung einsetzen, die den sofortigen Zusammentritt des Reichstages fordert und den einmütigen Willen der Rheinlande bekundet, als deutsches Land beim Deutschen Reich zu bleiben.

Die Nationalversammlung.

Die Festsetzung des Termins für die Wahlen zur Nationalversammlung hat nicht alle Wünsche der interessierten Kreise erfüllt. So überreichte unter bringlichster Befürwortung das Direktorium des Freistaates Oldenburg einen vom oldenburgischen Landtag einstimmig angenommenen Antrag auf Festsetzung der Nationalversammlungswahlen in kürzester Frist, damit das öffentliche Leben in Deutschland wieder in gesetzliche Bahnen gelenkt und eine Vertretung geschaffen werde, die berechtigt sei, für Deutschland Frieden zu schließen. — Ebenso hält der Staatsrat von Anhalt den 16. Februar für zu spät und empfiehlt, durch Abkürzung der Frist und Vereinfachung der Vorschriften die Wahl bis spätestens Mitte Januar zu ermöglichen, da eine Hinausschiebung die Rechtsicherheit gefährdet und die Friedensschwierigkeiten erhöhe. Auch von Rheinland-Westfalen, so von sämtlichen erreichbaren Handelskammern und von der Stadtverordnetenversammlung in Köln wird einstimmig tunlichste Beschleunigung der Nationalversammlung verlangt, damit die Einheit des Reiches nicht durch separatistische Bestrebungen gefährdet werde.

Adolf Hoffmann sprengt die Nationalversammlung.

Berlin, 9. Dez. Der preussische Kultusminister Adolf Hoffmann hat in einer gestrigen Versammlung erklärt: „Die Wahlen zur Nationalversammlung sind viel zu früh angesetzt. Bis zu dem bestimmten Termin kann ein großer Teil der Feldtruppen noch gar nicht zurück sein. Diesen Wählern ist also das Wahlrecht genommen. Ebenso kann die Aufklärung der breiten Volksmassen und vor allem der Frauen in der kurzen Zeit bis zur Wahl nicht in der erforderlichen Weise erfolgen. Die Errungenschaften der Revolution wird sich das Volk nicht wieder rauben lassen. Ergeben die Wahlen keine sozialistische Mehrheit, dann muß die Nationalversammlung eben gesprengt und die Diktatur des Proletariats aufgerichtet werden. Jeder Parteianhänger muß dann bereit sein, auf die Barrikaden zu steigen und mit seinem Körper für die sozialdemokratische Sache einzustehen.“

Wie lange wird sich das deutsche Volk diese unglaubliche Bevormundung einer verschwindenden Minderheit gefallen lassen?

Berlin, 11. Dez. Der „Vorwärts“ wendet sich mit großer Schärfe gegen die Äußerungen des unabhängigen preussischen Ministers Adolf Hoffmann, der erklärt hatte, die konstituierende Nationalversammlung müßte, wenn sie nicht in der Mehrheit sozialistisch wäre nach russischem Muster mit dem Bajonett auseinandergejagt werden. Der „Vorwärts“ schreibt: Wir müssen dazu erklären, daß wir nicht imstande sind, die Äußerungen des Ministers zu decken, wir müssen sie vielmehr preisgeben. Die Nationalversammlung, die von allen mehr als 20 Jahre alten Deutschen ohne Unterschied des Geschlechts gewählt werden soll, ist der Willensausdruck des Volkes, dem wir uns alle unterordnen. Wir betrachten jeden Versuch, sich gegen den Willen des Volkes aufzulehnen, als verbrecherisch und halten die Anwendung jedes Mittels für seine Abwehr für geboten. Wir halten die Auffassung des Ministers Adolf Hoffmann aber nicht nur für grundsätzlich verwerflich, sondern auch für dumm, denn die Deutschen sind keine Russen und sie dürfen nicht dulden, daß man ihre rechtmäßig gewählte Vertretung mit dem Bajonett auseinanderjagt. Wir bedauern aufs tiefste, daß ein Mitglied der gegenwärtigen Regierung eine solche Äußerung tat und daß ein früherer Sozialdemokrat sein Programm so gründlich ändern konnte.

Lloyd George über die Friedensbedingungen

Osaka, 12. Dez. Reuters meldet aus London: Lloyd George hielt gestern wieder eine Wahlrede in Bristol, worin er betonte, daß die Dienstpflicht in allen Ländern abgeschafft werden müsse, da das Bestehen einer Zwangsarmee auf dem Kontinent unvermeidlich die Welt in den Krieg gestürzt habe. Dann erinnerte der Minister daran, daß in allen Ländern bei einem Prozeß der Vertreibung die Kosten bezahlen müsse. In Zukunft würden, so hoffte er, zwischen den Nationen dieselben Grundzüge von Recht und Unrecht gelten wie zwischen Privatpersonen, und dann würde eine Nation, die ein Unrecht beging und einen Prozeß veranlaßt, die Kosten bezahlen müssen. Aber es gebe noch einen anderen Grund, weshalb Deutschland die Rechnung bezahlen müsse. Der Krieg habe Deutschland weniger gelohnt als England. Die eigenen Kosten schätzte Lloyd George auf 5000 Millionen Pfund Sterling, die deutschen dagegen auf 6-7000 Millionen Pfund. Die übrigen 1000 Millionen müßten verteilt werden auf eine Bevölkerung von 45 Millionen, während die deutsche Bevölkerung 70 Millionen betrage. Deutschland muß bezahlen bis zur äußersten Grenze seines Vermögens. Vor dem Kriege wurde Deutschlands Reichtum auf 15 bis 20 Milliarden Pfund geschätzt. Die Rechnung betrage 24 Milliarden Pfund, jedoch, wenn die Schätzung richtig sei, der ganze Reichtum Deutschlands nicht genüge. Vor einigen Wochen habe das Kriegskabinett eine Kommission ernannt, um die finanzielle Kraft Deutschlands zu untersuchen. Der Minister ist der Meinung, daß man den Reichtum Deutschlands früher zu niedrig geschätzt habe. Lloyd George will nur zwei Bedingungen stellen, erstens, daß nicht während unbestimmter Zeit eine große Belastung in Deutschland gehalten werden müsse, und zweitens, daß man in England keine Waren auf den Markt bringe, die mit Hungerlöhnen bezahlt sind. Nach Recht und Billigkeit hätten wir das absolute Recht, die ganzen Kriegskosten von Deutschland zu verlangen, und wir haben vorgeschlagen, sie zu verlangen.

Die Schuldfrage

Den Herren Harden, Eisner und Genossen, die in „Enthüllungen“ machen, ist ein kleiner Beitrag zur Lösung zu empfehlen, der in der „Continental Times“ am 2. Dezember abgedruckt ist und der der Feder von John Wesley de Kay entstammt. Der Verfasser erzählt in World Affairs, daß er Anfang 1914 von einer gewissen Regierung mit dem Auftrage beauftragt worden sei, Kriegsgeräte im Werte von 7 Millionen Pfund Sterling zu kaufen. Im Verlaufe seiner Unterhandlungen sei er mit fast allen bedeutenden Fabrikanten in Berührung gekommen. Im April 1914 habe ihm die deutsche Regierung 10000 neue Maschinengewehre und 500 Millionen Patronen zum Kaufe angeboten, und zu derselben Zeit habe die größte Wiener Rüstungsfirma einen österreichischen Feind zu ihm nach Paris geschickt mit einem Angebot von 250000 Maschinengewehren und 250 Millionen Patronen. Außerdem seien ihm von Deutschland noch große Mengen schwerer Kanonen nebst Munition casu angeboten worden. Auch mit den Hauptfirmen in Frankreich und England habe er größere Abschlüsse gemacht. Als er aber im April 1914 vom Hauptpostamt in Paris ein Telegramm aufgeben wollte, indem er über die Ablieferung des Kriegsgeräts berichtete, wurde dieses Telegramm angehalten, weil die Regierung inzwischen über Rüstungsdrücker die Zensur verhängt hatte, vier Monate vor Ausbruch des Krieges und trotzdem die ganze Welt in Frieden lag und niemand anscheinend an Krieg dachte, hat der Verfasser, der noch beifügt: „Niemand kann die Bedeutungslosigkeit der Tatsachen übersehen. Sie beweisen klarlich, daß Deutschland und Österreich keine Absichten hatten, im Jahre 1914 Zensurverfügungen zu erlassen. Würden sie sonst ihre Zustimmung gegeben haben, mit solche Mengen Kriegsmaterial zu solchem Preis (61 Mark für das Gewehr und 80 Mark für das Tausend Patronen) zu verkaufen, wenn sie gewußt hätten, daß der Krieg vor ihrer Tür steht?“ Unseren deutschen Doktrinen in Hinsicht auf das traurige Handwerk vom Ausland her gelegt werden.

Berlin, 10. Dez. Gut orientierte politische Kreise des Auslandes melden übereinstimmend, daß die Entente daran ansetze, die Schuld am Weltkrieg Deutschland anzubürden. Die Motive hierfür sind zweierlei: einmal in der Entente eine moralische Grundlage für weitgehende Entschädigungsansprüche an Deutschland und zweitens sollen sich die Völker der Entente daran gewöhnen, die Schuld ausschließlich Deutschland zuzuschreiben, da sonst sicher ist, daß die Opposition in den Ententeländern Untersuchungen darüber anstellt, inwieweit auch die Ententeregierungen eine Schuld am Ausbruch des Weltkrieges tragen.

Die Kommission in Trier

Trier, 12. Dez. (B. V.) Die deutschen Delegierten der Waffenstillstandskommission sind nunmehr sämtlich in Trier angekommen. Nachdem gestern merano Staatssekretär Erzberger mit etwa 30 Personen und deren Begleitern von Berlin kommend im Hotel „Zur Post“ abgestiegen waren, kamen gestern nachmittag die fünf deutschen Delegierten von Spaa, unter ihnen General v. Winterfeldt. Letztere wohnen im „Dom-

hotel“; es sind sieben Personen. Bei ihrer Ankunft war der Hauptbahnhof durch die amerikanischen Truppen abgesperrt. Sowohl die Kommissionsmitglieder im „Domhotel“ als die im Hotel „Zur Post“ sind strengstens interniert. Niemand hat zu ihnen Zutritt. Die Vertreter der Alliierten sind noch nicht angekommen. Heute wird Marshall Koch in Trier eintreffen.

Ein neuer Zwischenfall in Spaa

Berlin, 11. Dez. Nachdem bereits kürzlich ein Mitglied der deutschen Waffenstillstandskommission von einem belgischen Offizier auf das schwerste beleidigt worden ist, hat sich infolge der Herausforderungen durch belgische Offiziere ein neuer, höchst bedauerlicher Zwischenfall in Spaa abgespielt. Ein belgischer Offizier hat einen deutschen Unteroffizier, Mitglied des Bureaupersonals der deutschen Waffenstillstandskommission, öffentlich auf der Straße geschrien und ihm die Mütze vom Kopfe geschlagen. Von der deutschen Waffenstillstandskommission wurde gegen dieses Verfahren energisch Verwahrung eingelegt und es wurden alle nötigen Schritte an Ort und Stelle ergriffen.

Koloniale Gewaltziele

Genf, 10. Dez. Aus dem „Morning Post“ erkläre Generalprofessor Smith in Liverpool: Wir haben das Recht, dem Feinde bis zum letzten Napfen zu nehmen, was er besitzt. Großbritannien hat einige Kolonien erobert, warum soll es sie zurückgeben? Ich erkläre als Mitglied der Regierung, daß wir die Absicht haben, wenn wir wieder gewährt sind, Deutschland seinen Zoll von seinen Kolonien zurückzugeben. Warum Mesopotamien zurückgeben? Es ist ein reiches Land, das fast allein für den Krieg entscheidend ist. In Holland warten etwa 20000 Fremde auf die Rückkehr nach England, warum sollen wir diese Leute, zum Teil Deutsche, nach England zurückkehren lassen? Die Geschichte der letzten 20 Jahre hat gelehrt, daß von 20 Deutschen in England 18 Spione waren. Es wird Tode der Koalitionsregierung sein, diesen allen die Türe zu weisen.

Die Entente und die Arbeiter- und Soldatenräte

Berlin, 11. Dez. Mit einem Ultimatum der Alliierten, die in Deutschland während der Revolution entstandenen Arbeiter- und Soldatenräte aufzulösen, rechnet der „Vorwärts“, indem er schreibt:

„Wir haben bereits berichtet, daß die Entente ein neues Ultimatum an Deutschland vorzubereiten scheint, um die sofortige „Wiederherstellung geziemlicher Ruhe und Ordnung“ zu erzwingen. Dieser Schein wird jetzt deutlicher und fast zur Gewissheit. Wie der „Temps“ berichtet, liegt eine Note der Alliierten an Deutschland auf eine sofortige Auflösung der gesamten Arbeiter- und Soldatenräte der Pariser Konferenz zur Beschlussfassung vor. Die Note, die nach Wilsons Ankündigung abgehandelt werden soll, stellt eine vierwöchige Frist zur Wiedereinsetzung der rechtmäßigen Behörde, nach deren Ablauf die Alliierten selbst die Bekämpfung des Bolschewismus in Deutschland in die Hand nehmen würden. Dazu liegen weitere Londoner Meldungen vor, die die Wahrscheinlichkeit dieser Bewegung stützen. Doch soll mit der Leitung der militärischen Maßnahmen gegen Deutschland vertraut werden. Die Zusammenziehung der Truppen an der deutschen Grenze dauert fort. Auch die von uns gemeldete Ansammlung von 32000 Engländern in Köln muß damit in Zusammenhang gebracht werden. Die „Times“ schreibt, daß ein Sieg der Liebknechtgruppe für die Alliierten die Aufforderung sei, in Deutschland einzumarschieren, um dort die Ordnung herzustellen.“

Die Versorgung Deutschlands seitens der Entente

Büch, 11. Dez. Wie von wohlunterrichteter Seite gemeldet wird, stehen die verbündeten Regierungen hinsichtlich der Versorgung Deutschlands auf dem Standpunkt, daß die Lieferung von Lebensmitteln erforderlich sei. Es sei bereits berechnet worden, daß im ganzen die Bevölkerung Deutschlands, die mit Lebensmitteln zu versorgen sei, mit 37 Millionen anzusehen ist. Ein entsprechender Vorschlag liegt bei den zuständigen Stellen bereits vor. Jedoch sei eine Entscheidung noch nicht gefallen.

Militärische Gegenrevolution in Württemberg?

Stuttgart, 11. Dez. Die Gerüchte über eine in Bildung begriffene militärische Gegenrevolution in Württemberg mehrten sich von Tag zu Tag. Als Sicherungsmaßnahme wurde heute Nacht das Stuttgarter Hauptpostamt durch den Garnisonrat besetzt.

Besetzung Polens und Schlesiens?

Genf, 10. Dez. (F. D. P.) Davaos meldet aus Amherdam: Die polnisch-amerikanische Division, die unter dem Befehl des Generals Haller steht, ist nach Dantz abgereist, von wo sie sich nach Danzig einschiffen wird. Sie wird die Provinzen Posen und Schlesien besetzen und ihr Hauptquartier in Posen aufschlagen.

Deutsche Offiziere in der russischen Roten Armee Berlin, 12. Dez. (B. V.) Die Vertreter der Entente in der Waffenstillstandskommission stellten die Forderung, daß die von uns in der russischen Roten Armee unterhaltenen zahlreichen deutschen Offiziere, die dort kommandierenden innehalten, sofort zurückberufen werden. Die deutschen Vertreter erklärten sofort, daß sich mit deutscher Zustimmung nicht ein einziger Deutscher in der bolschewistischen Armee befinde.

Es könne sich höchstens um Kriegsgefangene handeln, die gewaltsam in diese Armee eingereicht würden, oder solche, die zum Bolschewismus übertraten. Hiernach scheinen bei der Entente eigenartige Vorstellungen über unser Verhältnis zur Roten Armee zu bestehen. In Wahrheit nahmen wir wiederholt Gelegenheit, bei der Sowjetregierung gerade gegen die bolschewistische Propaganda unter den deutschen Kriegsgefangenen und gegen Versuche, diese zum Eintritt in die Rote Armee zu veranlassen, Schritte zu unternehmen. Im übrigen werden die Beziehungen zwischen der bolschewistischen und der deutschen Armee am besten dadurch beleuchtet, daß die roten Truppen noch vor kurzem unsere Kräfte bei Norma, Pleskau und in der Ukraine angegriffen haben. Selbstverständlich hat ein Eintritt deutscher Offiziere oder Mannschaften in die Rote Armee mit deutschem Einverständnis nie statt.

Freilassung der rheinisch-westfälischen Großindustriellen

Berlin, 11. Dez. Die wegen angeblichen Hochverrats verhafteten Großindustriellen August Thyssen, Fritz Thyssen, Eduard Stinnes, Direktoren Herle, Beder, Virg, Kommerzienrat Rüchsen und Kresser Stens sind auf Anordnung des preussischen Ministeriums des Innern heute sämtlich freigelassen worden. Der Kellner, der das Gespräch belauscht haben wollte und dessen Aussagen sie sehr belasteten, erscheint nicht als unbedingt glaubwürdig. Der Wirt des Lokals, in dem die Zusammenkunft stattgefunden haben sollte, hat bekundet, daß bei ihm eine derartige Konferenz überhaupt nicht stattgefunden habe.

Berlin, 12. Dez. Die unter dem Verdacht des Hochverrats in Haft befindlichen Herren August Thyssen sen., Fritz Thyssen und die Direktoren der Thyssenwerke, Direktor Herrle, Rosen, Virg, Bäder, Geheimrat Rüchsen, Stenz und andere sind, wie bereits kurz gemeldet, am Mittwochabend 10 Uhr, auf Verordnung des preussischen Ministerpräsidenten Hirsch aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Das Verfahren ist eingestellt worden. Die Verhaftung war erfolgt auf Grund einer Denunziation eines Mitgliedes des Dortmunder Arbeiter- und Soldatenrates, das als Kellner verkleidet, jener Konferenz beigewohnt haben wollte, in der verhandelt worden sei, an die Ententemächte wegen eines Industriegebietes heranzutreten. Auf diese Angaben allein habe sich die Verhaftung bzw. das Verfahren auf. Der Denunziant hat am geistigen Mittwoch ein Geständnis abgelegt, in dem er berichtet, daß er keine Angaben aus den Fingern gezogen habe und an der ganzen Konferenz nicht ein wahrer Wort sei. Mit diesem Geständnis fiel natürlich das ganze Hochverratsverfahren in sich zusammen. Der Denunziant wollte folgendes behaupten: 1. Daß August Thyssen zu Geheimrat Dinsberg gefügt haben sollte, man müsse darauf hinarbeiten, daß die Entente in das Industriegebiet käme, um innerhalb acht Tagen die Arbeiter- und Soldatenräte zu beseitigen. 2. Aus einer weiter belauschten Konversation sollte hervorgehen, daß die betreffenden Firmen während des ganzen Krieges in dauernder Verbindung mit der Entente standen habe und außerdem sollte 3. eine vertrauliche Mitteilung eines Bergwerksdirektors an den Reichstagsabgeordneten König gemacht worden sein, daß seitens der Bergwerksbesitzer systematisch darauf hingearbeitet werde, die Kohlenförderung herunterzudrücken, um der Entente zu beweisen, daß die Bergarbeiter nicht arbeiten wollten. Schließlich sollte 4. über die Gründung einer rheinisch-westfälischen Republik diese Gründung propagierende Gespräche zwischen Direktor Herrle, Rosen und dem Zentrumsführer Alkotte in Wülheim bekannt geworden sein. Aufgrund dieser Mitteilungen des angeblichen Kellners verfiel der Arbeiter- und Soldatenrat die Verhaftung von Thyssen Vater und Sohn, sowie der anderen Herren. Daß die Verhafteten nicht ordnungsmäßig vor ihren zuständigen Richter in Wülheim oder Dortmund, sondern nach Berlin eingekerkert worden sind, wurde mit folgender Rücksicht begründet, daß sich in der Arbeiterchaft des Industriegebietes eine außerordentlich starke Erregung über die hochverräterischen Pläne Thyssens bemerkbar machte und daß die Gefahr bestand, daß die aufgeregte Menge die Schuldigen lynchen könnte. Im Gegenzug hierzu bemühte sich Oberbürgermeister Rembe, dem Volksbeauftragten Ebert auseinanderzusetzen, daß gerade die Verhaftung Thyssens in der Arbeiterchaft eine Bewegung hervorgerufen habe, die schlimme Folgen haben könnte. Die Ermittlungen wurden nicht von einem Untersuchungsrichter, sondern vom Polizeipräsidenten geführt, und zwar im Einverständnis mit dem Volkstagsrat. Die Reichsregierung sowohl, als auch die preussische Regierung haben schon nach wenigen Tagen den Eindrud gehabt, daß die Verhaftung des Hochverrats jeder ernsthaften Begründung entbehre. Daß die Freilassung der Verhafteten immer wieder verhindert wurde, muß auf die Stellung des Volkstagsrates zurückgeführt werden. Noch am Dienstagabend waren auf Veranlassung des Volkstagsrates Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates aus dem Industriegebiet mit mehreren Berliner Beamten nach Dortmund gefahren, um dort an Ort und Stelle die Ermittlungen fortzusetzen.

Von der Besetzung der Gebiete.

Berichte aus Lothringen

Stuttgart, 11. Dez. (B. V.) An hiesiger militärischer Stelle ist ein Bericht von Flüchtlingen

Arbeiter- und Soldatenrates in Metz eingegangen, aus dem folgendes hervorzuholen ist: In Metz und in ganz Lothringen internieren die Franzosen alle männlichen Personen, deren Eltern im Jahr vor 1870 in Lothringen gewohnt haben. Sie machen dabei keinen Unterschied, ob es sich um Leute jenseits des wehrpflichtigen Alters handelt oder um solche, die noch in diesem stehen, oder ob es ordnungsgemäß Entlassene sind oder nicht, gleichgültig, ob die Entlassung von der Militärstelle oder dem Arbeiter- und Soldatenrat erfolgte. Ferner wird kein Unterschied gemacht, ob es sich um Mannschaften, Unteroffiziere oder Offiziere handelt. Das gleiche haben wir in Oberlothringen bei St. Noyon und in Saarbrücken aus dem Munde von Einwohnern gehört. Soweit bekannt, sind allein von Metz 280 Offiziere und 1000 Mann nach Nancy geschickt worden, von wo sie weiter nach Nordfrankreich gebracht werden sollen. Die Franzosen haben dabei das hinterlistige Mittel angewandt, einen Aufruf zu erlassen, wonach sich zu militärischen Zwecken alle Lothringer im Hotel „Terminus“ zu melden haben. Für Lebensmittel sorgen die Franzosen. In Nichtlothringen kann sich in Metz gar nicht halten. Die bekannten französischen Schimpfen, wie „Jale boche“, gelten einem überall in Lothringen. Die Bevölkerung ist ohne Kohle, da die Vorräte alle weggeschafft sind. Sämtliche Gemüser sind von ihren Sockeln heruntergerissen worden unter Beihilfe von französischen Offizieren und Priestern. Die Denkmäler wurden soviel als möglich zerstört. Nichtlothringer tun gut daran, nicht nach Lothringen zu begeben. Wie es im Lande steht, wissen wir nicht, vermehren aber, daß es genau so ist, ebenso im besetzten Rheinland aufgrund der obigen Mitteilungen von Bürgern aus Saarbrücken. Wir sind in Zivil durchgeschlüpft. Am 26. November, 12 Uhr, bis 27. November, 10 Uhr, Befreiheit war. Sechs Mitglieder des Soldatenrates wurden verhaftet.

Die Franzosen in Mainz.

Mainz, 12. Dez. Die beiden ersten Tage der französischen Besetzung sind ruhig verlaufen, zumal auf beiden Seiten ein korrektes Verhalten an den Tag gelegt wurde. Als Gouverneur von Mainz ist der „Mainzer Anz.“ erfährt, General Tabin stimmt. Die Melbung des „Echo des Paris“, daß der bekannte Armeeführer General Mangin hierher kommt, trifft demnach nicht zu. Ein weiterer Teil der Besatzungstruppen ist hier eingetroffen. Für die nach Beendigung der Uebergabeverhandlungen hier verbleibenden Chef des Generalstabs des Gouvernements Mainz, Major Sommer, wird ein deutscher Generalstabsoffizier hierher versetzt, der alsdann dem französischen Oberkommando zugeordnet ist. Im Hauptverkehr auf dem linken Rheinufer ist der Zugverkehr am Dienstag nachmittag wieder aufgenommen worden. Schnellzüge zwischen Mainz und Köln fahren noch nicht. Auf den rheinischen Nebenstrecken wird wieder gefahren, zwischen Mainz und Saarbrücken wird von Mitte der Woche an Schnellzug laufen. — Die französischen Besatzungen können durch Requisitionsscheine bei den hiesigen Geschäftsinhabern rationierte Gegenstände erhalten. Durch Verordnung des Oberbefehlshabers der alliierten Armeen werden alle Personen, die gefährdete Gegenstände im Besitz haben, aufgefordert, sie wieder abzuliefern.

Höchst, 12. Dez. Der Einzug der Franzosen in die Stadt Höchst und die Besetzung des äußeren Mäntelkopfgürtels der Festung Mainz wird für heute — Donnerstag — erwartet. Wie in einer heute hier stattgefundenen Sitzung mitgeteilt wurde,chnet man für Höchst mit einer Besatzung von 1000—1600 Mann, was einer Belastung von fünf Prozent der Bevölkerungsmenge entspricht.

Berlin, 11. Dez. Der „Vorwärts“ schreibt: Die französische Besatzung der Saargebiete hat den 10. und 11. Dezember für die Bergarbeiter aufgehoben mit der Begründung, daß sowohl in Frankreich wie in Deutschland Kohlennot sei und die französischen Bergarbeiter auch 10 Stunden arbeiten müssen.

Der Einzug der Garde in Berlin.

Ueber den Einzug der Garde in Berlin meldet die „V. Z.“: Schon um 10 Uhr vormittags stand die ganze Gegend um den Heidelberger Platz im Zeichen des Truppeneinzugs. Eine freudig erregte Menge schloß allmählich die umliegenden Straßen. Die militärische Pünktlichkeit setzte sich um 11 Uhr mit Ruhm bedeckte Gardelavallerie-Schützendivision in Bewegung. Tausende Hoch- und Hurraufe begleiteten die Tapieren. Sämtliche Formationen marschierten zu Fuß. Nur die Offiziere waren bepanzert. Jede einzelne Abteilung trug eine große weiß-rote Fahne, oben mit Tannenzweigen besetzt. Am Schwersten mitgenommen ist das Gardebataillon-Regiment, das in den letzten Kämpfen der Aisne fast ganz aufgerieben wurde. Es blieben nur 48 Mann und zwei Offiziere. Die Spitze des Regiments bildete das Bundesbataillon, in dem Abteilungen der bayerischen, württembergischen, badischen

und sächsischen Truppen die Einheit des soldatischen Geistes verkörperten. Es folgte der Divisionsstab des Generalleutnants v. Hofmann, dann der endlose Zug der Garde- und Leibgarde-Kavallerieregimenter. Volksbeauftragter Ebert hielt am Brandenburger Tor eine Begrüßungsansprache, in der er die Truppen in der deutschen Republik willkommen hieß. Er sagte unter anderem: Herzlich willkommen in der Heimat, die sich lange nach euch gesehnt und deren lange Sorge euch ständig umschwebt hat. In diesem Augenblick da wir euch in der Heimat, begrüßen, gilt unser erster Gedanke den teuren Toten. Die Verbesserung des Loses der Kriegshinterbliebenen und Kriegsinvaliden gelten des neuen Volksstaates neue Verpflichtungen. Ihr sollt mitmachen an dem großen Werk der neuen deutschen Zukunft, der Zukunft unseres Volkes, dessen Glück eure fleißigen Hände erbauen müssen von Grund auf.

Zeitweilige Garnisonverlegungen

Das vom Feinde zu besetzende und neutrale Gebiet war von den deutschen Truppen geräumt werden. Es werden nachstehende Ersatzformationen verlegt bzw. muß deren Verlegung spätestens am 7. Dezember durchgeführt sein: 1. Erf.-Inf.-Regt. Nr. 8 von Wiesbaden nach Braunsfels; 1. Erf.-Inf.-Regt. 81 von Frankfurt a. M. nach Wehlar; 1. Erf.-Inf.-Regt. 87 von Mainz nach Tr.-Ueb.-Pl. Drb; 1. Erf.-Inf.-Regt. 88 von Mainz nach Tr.-Ueb.-Pl. Drb; 1. Erf.-Inf.-Regt. 115 von Darmstadt nach Erbach i. Odr.; 1. Erf.-Inf.-Regt. 118 von Worms nach Bensheim; 1. Erf.-Inf.-Regt. 168 von Offenbach nach Leubach; Erf.-Drag.-Regt. 6 von Mainz nach Hanau a. M.; Erf.-Drag.-Regt. 23 von Darmstadt nach Leubach; Erf.-Drag.-Regt. 24 von Darmstadt nach Lauterbach; Erf.-Pferdedepot von Wiesbaden nach Hanau a. M.; Erf.-Fuhart.-Regt. 3 von Mainz nach Wehlar; 2. Erf.-Feldart.-Regt. 25 von Darmstadt nach Ridda-Waldenburg; 2. Erf.-Feldart.-Regt. 27 von Gonsenheim nach Wehlar; 2. Erf.-Feldart.-Regt. 61 von Darmstadt nach Babenhäuser; 2. Erf.-Feldart.-Regt. 63 von Frankfurt a. M. nach Schlittern-Stein; Train-Erf.-Abteilung 18 von Darmstadt nach Dieburg-Gr.-Alm.; 2. Pionier-Inspektion von Mainz nach Seligenstadt; Erf.-Pion.-Bat. 21 von Mainz-Kastel nach Seligenstadt; Erf.-Pion.-Bat. 25 von Mainz-Kastel nach Seligenstadt; Flieger-Erf.-Abt. 9 von Darmstadt nach Alsfeld; Luftsch.-Erf.-Abt. 2 von Darmstadt nach Heppenheim; Nachr.-Erf.-Abt. 18 von Darmstadt nach Gießen; Flak-Erf.-Abt. 1 von Frankfurt a. M. nach Reuhof; Interoffiz.-Vorschule von Diebrich nach Wehlburg; 1. Erf.-Inf.-Regt. 117 von Mainz nach Friedberg.

Bermischte Nachrichten.

- * **Rüdesheim, 13. Dez.** Laut Bekanntmachung des Magistrats wird der Unterricht in der Volksschule am kommenden Montag wieder aufgenommen.
- * **Rüdesheim, 13. Dez.** Bis heute mittag war auf hiesiger Bürgermeisterei noch nichts über die französische Einquartierung und über die Stärke der Besatzung bekannt. Heute Vormittag kamen größere Abteilungen französischer Besatzungstruppen über die Hindenburgbrücke; diese Truppen marschierten in der Richtung nach Wiesbaden weiter.
- K.-A. Rüdesheim, 13. Dez.** Die Butterlieferung ist eben eine sehr knappe. Zwar ist dem Kreise ein gewisser Bestand geliefert worden, doch hat sich die Bezirksfettstelle dessen Freigabe vorbehalten. Bedauerlicher Weise wird dadurch die Belieferung der Kranken mit Butter wesentlich eingeschränkt. Freigabe der vorhandenen Butter für die Krankenversorgung ist bei der Bezirksfettstelle beantragt.
- K.-A. Rüdesheim, 13. Dez.** Nach den Erfahrungen, die bisher bei der Arbeitsvermittlung und erwerbslosen Unterstützung in Frankfurt a. M. gesammelt worden sind, ist der Zustrom an Arbeitskräften auch von Orten des Regierungs-Bez. Wiesbaden nach Frankfurt a. M. ein sehr großer. Vor diesem Zuzug nach Frankfurt a. M. muß auf das nachdrücklichste gewarnt werden, da der Arbeitsmarkt in Frankfurt a. M. keineswegs derart liegt, daß eine größere Zahl von Arbeitskräften dort untergebracht werden kann. Insbesondere muß auch beachtet werden, daß den zuziehenden Arbeitern in Frankfurt a. M. eine Erwerbslosenunterstützung nicht gegeben werden kann, falls sie dort nicht ortsansässig sind. Die Lage der Zuziehenden kann also eine äußerst bedenkliche werden. Alle beteiligten Stellen werden gut daran tun, den Zuzug nach Frankfurt a. M. mit allen Mitteln zu verhindern. Das gleiche gilt übrigens für alle größeren Städte, so auch für unsere Nachbarstadt Wiesbaden.

Frankfurt, 12. Dez. (W. Z.) Nach den Waffenstillstandsbedingungen ist eine sogenannte „Polizeiarmee“ für Frankfurt vorgesehen. Demgemäß rückt heute (Donnerstag) das Inf.-Regt. 171 (115. Division) in der Stärke von ungefähr 1200 Mann in hiesiger Stadt ein. Das Regiment bleibt bis zum Eintreffen des Inf.-Regts 81, das nach erfolgter Demobilisation in etwa 8—10 Tagen wieder

in die alte Garnison zurückkehren wird. Die Truppen haben lediglich Absperrenaufgaben an den Bäckereien, durchlaufenden Straßen- und Wasserwegen, ferner Sicherung der wichtigsten Telegraphen- und Fernspreitleitungen zu verrichten, sowie Sorge für Ruhe und Ordnung zu tragen. Der polizeiliche Sicherheitsdienst bleibt nach wie vor, wie er bisher organisiert war, bestehen.

— **Mannheim, 11. Dez.** Wie aus dem Bericht der Waffenkommission des hiesigen Arbeiterrats hervorgeht, wurden hier 9000 Gewehre, 12000 Seitengewehre, 450 Maschinen-gewehre, 4 Revolverkanonen, 1 Flugzeug und große Mengen Munition beschlagnahmt. Mit diesen Beständen wurden die Volkswehren in Mannheim, Schwellingen, Weinheim, Mosbach und Boppegen ausgerüstet.

An die Herren Weingutsbesitzer u. Winzer.

1. Es wird hierdurch bekannt gegeben, daß die Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden auch in diesem Jahre Geldmittel zur Prämierung kleiner selbständiger Winzer für gute Pflege und Düngung der Weinberge und für Hofleute für langjährige treue Dienste zur Verfügung stehen. Bereits einmal Prämiierte, sowie Frauen, sind von der Prämierung ausgeschlossen. Ausführliche Anträge sind bis 31. Dezember ds. Js. bei Herrn Landesökonomierat Ott in Rudesheim zu richten.
2. Auch gewährt die Landwirtschaftskammer Beihilfen an kleine bedürftige Winzer für im Jahre 1918 neu ausgeführte Drahtanlagen in Weinbergen. Den Anträgen, welche ebenfalls bis 31. Dezember an Herrn Ökonomierat Ott zu richten sind, sind genaue Angaben über die Größe der ausgeführten Drahtanlagen, sowie über die hierdurch entstandenen Kosten anzufügen. Ferner ist mitzutheilen, ob die Anlage mit oder ohne Festvorrichtung ausgeführt worden ist.

Schilling, Obst- und Weinbauinspektor.

Gottesdienst-Ordnung.

Katholische Pfarrkirche zu Rudesheim.

3. Adventssonntag. Evangel.: Zeugnis des heil. Johannes von Jesus. Joan. 1., 19.—23. 6 Uhr Beichtstuhl. 1/27 Uhr Adventskommunion der Frauen. 7 Uhr Frühmesse. 1/29 Uhr Schulumesse. 1/210 Uhr Hochamt und feierlicher Dankgottesdienst für die glückliche Heimkehr unserer Selben mit Predigt. Die zurückgekehrten Soldaten nehmen die ihnen reservierten Stühle im Hauptschiffe ein. Zum Schluß des Hochamtes ist zur gleichzeitigen Feier des Erntedankfestes Te. Dom. 2 Uhr sakr. Bruderschaftsbandacht mit Friedensgebet.

An den Wochentagen sind die heil. Messen um 1/27 u. 1/28, die Schulumessen um 1/48 Uhr.

Montag 1/28 Uhr hl. Messe in der Schwesternkapelle. Mittwoch 1/27 Uhr hl. Messe im St. Josephstift. Mittwoch, Freitag u. Samstag sind Quatemberfasttage. Samstag von 4 Uhr abends ab Beichtstuhl, 8 Uhr Salve.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Meier.

Oberförsterei Rudesheim a. Rh.

Mittwoch, den 18. Dezember ds. Js., sollen 59 Amtr. Eichen-Scheit und Knüppel, 76 „ Eichen-Reiser 1. Klasse, 100 „ unaufgearbeitete Reiser im Distrikt 16, Aulhäuser Schlag, auf dem Niederwald an Ort und Stelle öffentlich meistbietend verkauft werden. Zusammentritt nachmittags 3 Uhr an der Sandallee.

Drucksachen jeder Art
in geschmackvoller Ausführung liefert
A. Meier's Buchdruckerei
:: Rudesheim. ::

Todes-Anzeige.

Nach längerem Leiden verschied heute in Darmstadt unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester und Tante

Frau Elenore Adam Ww.

geb. Selbel

im Alter von 66 Jahren.

Rüdesheim, Darmstadt, Frankfurt, Breslau, den 10. Dezember 1918.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Familie Freitag.

Die Beerdigung findet statt: Samstag, den 14. Dezember, nachmittags 2 Uhr vom Leichenhause des Rüdesheimer Friedhofes.

Möbel-Versteigerung.

Samstag, den 14. Dezember, mittags 1 Uhr, läßt Herr **Emil Bergel** in seiner Wohnung **Weberstr. Nr. 9** wegzugshalber gegen gleich bare Zahlung folgende

gegenstände

versteigern:

Einen 2-türigen und einen 1-türigen Kleiderschrank, 2 Betten mit Matratzen, 2 Kommoden, 1 Waschestell, mehrere Stühle, 1 Tisch, 1 Sofa, 1 neue Singer-Nähmaschine, 1 Nähstischchen, 1 Regulateur, 1 großer Wandspiegel, 1 Küchenanrichte, Porzellan, Glasfächer, 3 Lampen und dergl. mehr.

Besichtigung 1 Stunde vor Beginn der Versteigerung.

Rüdesheim, den 12. Dezember 1918.

Rheinstraße 31. **J. Heinz, Auktionator.** Telefon 187.

Freiwillige Versteigerung.

Am Montag, den 16. Dez. 1918, von vormittags 9 Uhr ab, läßt Herr **Lehrer Müller** hier in seiner Wohnung **Feldstraße 23a**, durch den Unterzeichneten nachstehende

Möbel

öffentlich, meistbietend, freiwillig, gegen gleich bare Zahlung versteigern:

1 Pianino, 1 Vertiko, 2 Sofas, 1 Tisch mit Decke, 6 bessere Rohrstühle, 1 Trümeauspiegel, 4 hölz. kompl. Betten, 2 eij. compl. Betten, 1 eisernes Kinderbett, 4 Kleiderschränke, 1 Waschkommode mit Marmor, 3 Nachtschränken mit Marmor, 1 Waschtisch, div. Tische, 1 Nähmaschine, 1 Näh- u. 1 Schreibtisch, div. Bilder, Bücher, 1 Spiegel, 1 Teppich, div. Vorlagen und Vorhänge mit Gallerien, div. Stühle, div. Hängelampen für Gas und Petroleum, 1 Blumentisch mit Blumen, 1 Küchenschrank mit Glasaufsatz, 1 Anrichte, 1 Tisch, 2 Stühle, 1 Gasherd, 1 Spülstein, div. Küchengeräte u. Porzellan u. Glaswaren, 1 Badewanne mit Ofen u. Rohr, 1 große Waschbütte, 1 Wasch- u. Wringmaschine, 1 Fliegenschrank, 1 Herren u. 1 Damenrad, div. Gartengeräte, 1 große Baumleiter, 1 Stehleiter, ausgestopfte Vögel, 1 Partie Kohlen u. Holz, 1 Einmachfäßchen u. 1 Ständer mit Inhalt, 1 K. Fäßchen, 1 Bioline mit Kasten, 1 Säule, div. Bett- u. Tischwäsche, Damenkleider u. dergl. mehr.

Rüdesheim, den 10. Dezember 1918.

Schnellert,

Gerichtsvollzieher in Rüdesheim a. Rh.

Zahn-Atelier

Rüdesheim a. Rh., Bleichstr. 2a.

Wochentags 10-12 und 2-5 Uhr.
mit Ausnahme des Samstag-Nachmittag.
Sonntags keine Sprechstunde.

Telefon 230.

Rasche, Dentist.

Nassauer werbet für die Deutsche demokratische Partei!

Wir fordern:

1. Einen freien Volksstaat und bekämpfen jede Gegenrevolution von unten und oben.
2. Sofortige Wahlen zur Nationalversammlung nach der gleichen, geheimen und direkten Verhältniswahl für alle großjährigen Volksgenossen beiderlei Geschlechts.
3. Energische Fortführung der sozialen Gesetzgebung, Sicherung des Koalitionsrechtes aller Stände, Maßnahmen zum Neuaufbau unserer Wirtschaft, Schaffung von Bauernland durch Aufteilung von Domänen und geeigneter großer Güter.
4. Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherung des Eigentums, glatte Erledigung der Verwaltungsgeschäfte im Reich, Staat und Gemeinde und vor allem

Frieden, Arbeit und Brot!

Anmeldungen zur Deutschen demokratischen Partei erfolgen bei den Ortsvereinen oder bei der Geschäftsstelle des Landesverbandes in Wiesbaden, Bachmayerstraße 10.

Halte von jetzt ab meine Sprechstunden wieder von 8-9 Uhr vorm. und 1-2 Uhr nachm. (Sonntags nur von 8-9 vorm.)

Fernruf 176. **Dr. Kypke-Burchardi**
Kreisarzt.

Bekanntmachung.

Gerichtsvollzieher **Schoenen** hat seinen Dienst am hiesigen Amtsgericht wieder angetreten.

Die Dienstgeschäfte desselben umfassen die Geschäfte aus den Gemeinden Ahmannshausen, Aulshausen, Eibingen, Eppenschied, Johannisberg, Lorch, Lorchhausen, Presberg, Ransel, Rüdesheim, Stephanshausen und Wollmerschied.

Sein Vertreter ist Gerichtsvollzieher **Schnellert.**

Rüdesheim a. Rh., den 11. Dezember 1918.

Preussisches Amtsgericht:
Der Aufsichtsrichter.

Alle Forderungen an mich sofort anzumelden, da ich meinen Haushalt auflöse.

Lehrer **A. Müller.**

Möbliertes

Zimmer

m. Frühstück zu vermieten. Näheres zu erfragen in der Exped. ds. Bl.

Verloren

eine Brieftasche mit sämtlich. Militärpapieren. Abzugeben gegen Belohnung bei **W. Herrmann,** Friedrichstr. 13.

Ein

Hofmann

gesucht für 3 Morgen Weinberge. Näheres zu erfragen in der Exped. ds. Blattes.

Verstellbarer

Kinderstuhl

zu verkaufen. Grabenstr. 21 I.

Unterricht

in
Violin
Klavier

sowie sonstigen
Blasinstrumenten
erteilt aufs gründlichste, ferner übernehme ich auch **Klavierstimmen** und **Reparaturen** sämtlicher Holzinstrumente.

Jakob Rüdell
geb. Militär-Musiker
Rüdesheim a. Rh.
Kunfertshof 4.

Eine

Futtertasche

mit Portemonnaie (Inhalt ungefähr 70 Mk.) sowie Schlüssel u. Bezugsschein von einer Kriegerwitwe **verloren.** Abzugeben gegen Belohnung **Grabenstr. 6.**

Evangelische Kirche

zu Rüdesheim.
Sonntag, den 15. Dez. (3. Advent)
Vorm. 1/2 10 Uhr:
Hauptgottesdienst.
Vorm. 1/2 11 Uhr:
Kindergottesdienst.